



Institut für
Wirtschaftsforschung Halle

IWH-Pressemitteilung 72/2009

Halle (Saale), den 2. Dezember 2009

Internationale Klimapolitik: Einhaltung des 2°C-Ziels setzt internationale Kooperation von Industrie- und Entwicklungsländern voraus

Zur Reduzierung der weltweiten Treibhausgasemissionen, die die globale Erwärmung verantworten, ist die internationale Kooperation zwingend notwendig. Künftig sind verstärkt Entwicklungsländer in internationale Klima-abkommen einzubeziehen, da insbesondere in ökonomisch sich rasch entwi-ckelnden Schwellenländern Emissionen derzeit stark anwachsen. Um die Be-teiligung an Abkommen zur drastischen Minderung des CO₂-Ausstoßes zu gewährleisten, sind Anreizsysteme unerlässlich. Eine Studie des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), die am kommenden Mittwoch veröffentlicht wird, geht vor dem Hintergrund der vom 7. bis 18. Dezember 2009 in Kopen-hagen stattfindenden Klimakonferenz ökonomischen Steuerungsinstrumen-ten nach, die es bedarf, um CO₂-Emissionen zu mindern und damit einen An-stieg der globalen Erwärmung um mehr als 2°C zu vermeiden.

Ein ökonomisches Instrument sieht Wilfried Ehrenfeld im internationalen Handel mit Emissionslizenzen als ein Regulativ zur Senkung des CO₂-Ausstoßes. Als problematisch allerdings erweist sich zum einen die Furcht der Entwicklungslän-der, durch zügig eingeführte Maßnahmen zur Minderung des Treibhausgasaus-stoßes in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung gebremst zu werden, und zum anderen die Angst der Industrieländer vor einem Verlust ihrer Wettbewerbsfähigkeit – beide Ländergruppen sehen sich also Beweggründen gegenüber, von kooperativen Lösungen in Form eines internationalen Klimaabkommens abzuweichen.

Der Autor hält daher geeignete Anreizsysteme für nötig, um ein kooperatives Ver-halten der Staaten und somit eine wirksame internationale Klimapolitik zu ermög-lichen – beispielsweise in Form eines finanziellen Stimulus oder von Technologietransfers. Zur Einbindung der Schwellen- und Entwicklungsländer in internationale Abkommen bedarf es internationaler Unterstützung – neben Anreizen sind hier vor allem verbindliche Zusagen der Industriestaaten dringend erforderlich.

Spätestens ab dem Jahr 2015 müssen die CO₂-Emissionen wesentlich stärker zu-rückgehen als bisher, um das 2°C-Ziel, das von den G8-Staaten in L'Aquila im Juli 2009 vereinbart wurde, noch einhalten zu können – daher ist züiges Handeln gefragt.

Veröffentlichung:

EHRENFELD, WILFRIED: Nach Kyoto: Internationale Klimapolitik vor ökonomischen Herausfor-derungen, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 12/2009.

Die vollständigen Artikel erhalten Sie gern auf Anfrage: presse@iwh-halle.de.

Sperrfrist:

2. Dez. 2009,
14:00 Uhr

Pressekontakt:

Stefanie Müller
Telefon:
+ 49 (0) 345/7753-720
E-Mail:
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner:

Wilfried Ehrenfeld
Telefon:
+ 49 (0) 345/7753-832
E-Mail:
wed@iwh-halle.de

Politische Ressorts:

Bundeswirtschafts-
ministerium (**BMWi**),
Bundesministerium für
Umwelt, Naturschutz und
Reaktorsicherheit (**BMU**)

Wissenschaftliche

Schlagworte:

Emissionshandel, Klima-
politik, Klimawandel, Treib-
hausgas, CO₂, globale Er-
wärmung

Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)

Kleine Märkerstraße 8
06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61,
06017 Halle (Saale)

Tel.: (0345) 7753-60
Fax: (0345) 7753 820
<http://www.iwh-halle.de>

Wissenschaftlicher Ansprechpartner:

Wilfried Ehrenfeld

Tel.: + 49 (0) 345/7753-832, E-Mail: Wilfried.Ehrenfeld@iwh-halle.de

Pressekontakt:

Stefanie Müller

Tel.: +49 (0) 345/7753-720, E-Mail: presse@iwh-halle.de

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) widmet sich der Erforschung der Entwicklungen „Von der Transformation zur europäischen Integration“. Dieses Forschungsprofil ist auf zwei Bereiche konzentriert: Programmbereich I befasst sich mit Wachstum und wirtschaftlicher Integration, Programmbereich II mit der Analyse von Transformationsprozessen. Unter dem allgemeinen Forschungsthema genießt die wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands besondere Aufmerksamkeit. Das IWH ist in drei wissenschaftlichen Abteilungen organisiert: Makroökonomik, Strukturökonomik und Stadtökonomik. Die Forschung wird in inhaltlich definierten Forschungsschwerpunkten durchgeführt, die auf mittlere Frist eingerichtet sind und abteilungsübergreifend spezifische Kompetenzen bündeln. Diese Forschungsschwerpunkte sind als Ort der Einheit von wissenschaftlicher Forschung und wirtschaftspolitischer Beratung zu verstehen. Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft.